Beschluss WP8.3. Geflüchtete menschenwürdig behandeln.

Gremium:	LDK
Beschlussdatum:	05.06.2021
Tagesordnungspunkt:	WP8. Wir öffnen unsere Gesellschaft für alle!

Text

Wir setzen uns für die Aufnahme von Geflüchteten und die Durchführung von Asylverfahren in unserem Bundesland ein. Wir wollen Asylsuchenden unabhängig von ihrer „Bleibeperspektive“ eine faire und menschenwürdige Unterbringung und Behandlung garantieren, bis über ihr Ersuchen endgültig entschieden ist.

In Mecklenburg-Vorpommern haben sich schon viele Kommunen zu „Sicheren Häfen“ erklärt. Wir haben hier die Möglichkeit, Menschen, die auf der Flucht sind, Perspektiven für ein freies, selbstbestimmtes Leben in Sicherheit zu bieten. Hotspots an den Außengrenzen nach dem Muster griechischer Insellager lehnen wir entschieden ab.

Eine gemeinsame, europäische Flüchtlingspolitik muss sich an den Grundsätzen des humanitären Völkerrechts messen lassen. In den Mitentscheidungsgremien wie im Ausschuss der Regionen, im Bundesrat und in der Europaministerkonferenz werden wir darauf achten und drängen. Wir BÜNDNISGRÜNEN setzen uns dafür ein, dass die Europäische Union eine echte Wertegemeinschaft der Demokratie, Pluralität und der universalen Menschenrechte wird.

Für eine menschenwürdige Unterbringung und faire Behandlung Geflüchteter werden wir:

- den Unterbringungszeitraum in Gemeinschaftsunterkünften reduzieren und Geflüchteten dezentrales Wohnen ermöglichen.
- die Erstaufnahmeeinrichtung in Nostorf-Horst schließen.
- landesweit eine behördenunabhängige Asylverfahrensberatung ermöglichen.
- der Härtefallkommission verbindliche Entscheidungen ohne Staatssekretärsvorbehalt ermöglichen.
- Asylsuchenden und Geduldeten den Erhalt einer Krankenkassenkarte ermöglichen.
- regelmäßig Landesaufnahmeprogramme auflegen, um Menschen aus Krisengebieten und bedrohlichen Notlagen aufzunehmen.
- für besonders Schutzbedürftige, alleinreisende Frauen, LSBTIQ und gefährdete Minderheiten besondere Einrichtungen und Rückzugsmöglichkeiten schaffen.
- Gewaltschutz in Gemeinschaftsunterkünften nach den Bundesvorgaben verpflichtend machen, auskömmlich finanzieren und extern evaluieren.
- die Gemeinschaftsunterkünfte-Verordnung (GuVo) überarbeiten. Die bisherigen 6 m^2 die Geflüchteten zur Verfügung stehen sind zu wenig für eine menschenwürdige Unterbringung.
- allen Kindern im schulpflichtigen Alter unabhängig vom Unterbringungsort den Unterrichtsbesuch von Beginn an ermöglichen.
- Abschiebungen grundsätzlich vermeiden, Nachtabschiebungen sowie Abholungen aus der KiTa, der Schule oder vom Ausbildungsplatz und andere erniedrigende Vorgehensweisen ausschließen.
- keine Abschiebungen zulassen, die Familien auseinanderreißen.
- flächendeckend eine behördenunabhängige Rückkehrberatung anbieten.
- ein Kooperationsprojekt "Wege ins Bleiberecht" für langjährig in M-V Geduldete auflegen, welches Behörden dazu verpflichtet, Perspektiven aufzuzeigen und Ermessensspielräume zugunsten der Betroffenen auszulegen.
- Opfern rassistischer Gewalttaten ein Bleiberecht geben.
- ein ergänzendes Sprachkursangebot für Geflüchtete fördern.
- Flüchtlingsarbeit in Nichtregierungsorgansationen (NGOs) institutionell fördern und NGOs den Zugang zu Aufnahmeeinrichtungen grundsätzlich ermöglichen.